LAUDATO SI’ – DIE CHANCEN NUTZEN

Von Hubert Weiger

Das entscheidende Merkmal unserer Zeit ist die Globalisierung der Umweltzerstörung: Der fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarates zeigt die großen Gefahren der globalen Erwärmung auf, die scheinbar unaufhaltsam auf uns zukommt; der „Welterschöpfungstag“ durch den ökologischen Fußabdruck wurde in diesem Jahr bereits am 1. August erreicht; in vier von neun Dimensionen, die für das menschliche Leben essenziell sind, werden planetare Grenzen überschritten. Diese Erkenntnisse belegen die hohe Bedeutung des Umweltschutzes, zeigen aber auch die Grenzen der traditionellen Umweltpolitik und die Unzulänglichkeit bisheriger Nachhaltigkeitsstrategien auf. Der Eintritt in die neue Erdepoche des Anthropozäns macht eine sozial-ökologische Transformation unabdingbar. Doch davon sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weit entfernt.

Von zentraler Bedeutung für die Erneuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ist Laudato Si’, die erste Öko-Enzyklika von Papst Franziskus. Anknüpfend an den Sonnengesang von Franz von Assisi aus dem Jahr 1225 spannt Franziskus einen weiten Bogen. Er zeigt auf, was unserem gemeinsamen Haus Erde widerfährt, und sieht in dem „fehlgeleiteten Anthropozentrismus“ die entscheidende Ursache für die ökologische Krise, die tatsächlich eine Krise der Menschheit ist: „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozial-ökologische Krise.“ Wir kommen „nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussion aufnehmen muss, um die Klagen der Armen ebenso zu hören wie die Klagen der Erde.“

Laudato Si’ beschreibt die technisch-ökonomischen Ursachen der Öko-Krise genauso wie ihre sozial-kulturellen Zusammenhänge. Sie widerspricht der „Lüge von der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter unseres Planeten“. Wir teilen die zentrale Aussage der Enzyklika über den Menschen: „Infolge einer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur läuft er Gefahr, sie zu zerstören und selbst Opfer dieser Zerstörung zu werden.“ Laudato Si’ zeigt aber auch auf, welche Chancen mit einer ganzheitlichen Ökologie verbunden sind, die das Prinzip des Gemeinwohls stärkt und zu einer generationsübergreifenden Gerechtigkeit kommt. Ein neues Fortschritts- und Gesellschaftsmodell ist notwendig, das ökologische Kompatibilität und soziale Gerechtigkeit dauerhaft miteinander verbindet. Die Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen von den planetaren Grenzen ausgehen und Wirtschaft, Technik und Natur in Einklang bringen.

WAS IST FORTSCHRITT?

Laudato Si’ lädt zu einem weltumspannenden Dialog ein, welche Verantwortung wir für die Zukunft unseres Planeten haben. Es bedarf „der Talente und des Engagements aller, um den durch den menschlichen Missbrauch der Schöpfung angerichteten Schaden wiedergutzumachen“. So mutig die Aussagen in der Enzyklika auch sind, so enttäuschend ist ein erstes Fazit drei Jahre nach der Veröffentlichung. Bislang wurden kaum Konsequenzen gezogen. Deshalb muss der Dialog geführt werden, nicht nur über Wasserverschmutzung oder Klimaschutz, über motorisierte Mobilität oder Abfallberge, sondern auch über unser Verständnis von Fortschritt, Solidarität und Verantwortung. Wir kommen nicht daran vorbei, dass auch Begrenzung und Selbstgenügsamkeit vor allem in den reichen Industrieländern notwendig sind. Fünf Punkte sollten hervorgehoben werden:

- Was bedeutet das Anthropozän, das Zeitalter des Menschen, für die Rolle von Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik?
- Wie muss ein Fortschritt aussehen, der weder Mangel noch Überfluss kennt?
- Wie können soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbunden werden, zumal etwa die Folgen der Erderwärmung zeitlich und räumlich ungleichmäßig verteilt sind?
- Wie kann es zu einer sozial-ökologischen Weltinnenpolitik kommen, was gibt sie vor und wer treibt sie an?
- Zur Grundlage des Industriezeitalters wurden wirtschaftliches Wachstum und die Nutzung fossiler Rohstoffe. Wie kann es zu einem schnellen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und der industriellen Landwirtschaft kommen?

Die Verwerfungen und Umbrüche auch in unserem Land zeigen eine tiefe Interpretations- und Orientierungskrise. Die Umweltbewegung hat die Chance, eine soziale und ökologische Perspektive aufzuzeigen, die unserer Demokratie neue Stärke und Festigkeit gibt. Laudato Si’ gibt uns dafür wichtiges Rüstzeug.

DREI FRAGEN ZU NATUR & WELTANSCHAUUNG

Braucht die Bewältigung des vom Menschen gemachten Klimawandels eine neue Weltanschauung?

Welche Bedeutung hat die Öko-Enzyklika „Laudato Si“, welche Folgen hat sie für die Weltreligionen?

Ist das „Prinzip Verantwortung“, das auch Solidarität und die Einhaltung von Grenzen erfordert, vereinbar mit der heutigen Wirtschaftsordnung und heutigen Lebensstilen?

Gülcan Nitsch
Biologin, leitet die erste türkischsprachige Umweltgruppe in Deutschland, Yeşil Çember

Es mangelt nicht an richtigen Anschauungen, sondern an Verantwortung und konsequenten Handlungen. Wir brauchen intelligente Maßnahmen statt schiefer Kompromisse, wir brauchen mehr gemeinwohlorientierte Regeln für alle statt Machtmissbrauch. Dafür sind überall auf der Welt Klimaschutz-Sofortprogramme notwendig, die den Erhalt der Natur ins Zentrum stellen. Nur so gewinnen wir den Kampf gegen den Klimawandel.

Die Enzyklika ist ein Aufruf zu einem weltweiten Umdenken, was die sozialen Ungerechtigkeiten und die Ausbeutung der Ressourcen angeht. Sie zeigt, wie der Schutz der Umwelt und des Klimas sinnvoll mit Religion in Verbindung gebracht werden kann, um die Menschen zu mobilisieren. Genau das erfahre ich auch bei der Sensibilisierung der muslimischen Communities in meiner Umweltbildungsarbeit.

Dass für die meisten Wirtschaftsvertreter Verantwortung keine so große Rolle spielt, ist uns allen bekannt. Je mehr Konsumenten sich für eine umweltfreundliche Lebensweise entscheiden, desto höher wird der Veränderungsdruck auf die bestehende Wirtschaftsordnung sein. Dafür ist die boomende Entwicklung der Genossenschaften ein sehr erfreuliches Beispiel.

Andreas Troge
CDU, ehemaliger Präsident des Umweltbundesamtes

Selbstverständlich: ja – und zwar nicht allein wegen des Klimawandels, sondern auch, weil die Menschheit riesige Stoffströme, etwa aus Bodenschätzen, für viele Produktarten nutzt, ohne hinreichend einschätzen zu können, welche langfristigen Wirkungen davon für den Menschen und die übrige Natur ausgehen. Die Vorstellung, wir Menschen könnten wie Nomaden die natürliche Umgebung (und andere Menschen) ausbeuten und dann einfach woanders unser Glück versuchen, trägt schon lange nicht mehr. Die planetaren Grenzen für die Natur als Quelle und Deponie unserer Lebensweise sind überschritten. Wer den dominierenden Einfluss der Menschheit auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen heute noch leugnet, verschließt sich einer auf Dauer gedeihlichen Zukunft.

Die Enzyklika sollte herausragende Bedeutung haben – vor allem für politische Entscheidungen. Denn wir müssen von der rationalistischen Verkürzung auf einige ökonomische Kennziffern zum Einkommenswachstum wegkommen. Wichtiger ist, das Vermögen – besonders das Naturvermögen – als Unterpfand unseres irdischen Daseins zu erhalten. Und dies ist eine Schnittmenge bei allen abrahamitischen Religionen.

Ferner setzt die Enzyklika wichtige und richtige Akzente, indem sie versucht, die Bewahrung der Schöpfung mit Gerechtigkeit und Frieden zu verbinden, was im politischen Alltag eher fremd erscheinen mag. Denn wer zum Beispiel in der „Kohlekommission“ die Anforderungen an den Schutz der Erdatmosphäre mit Gerechtigkeit und Frieden zu verbinden sucht, wird Schwierigkeiten haben.

Nein, und zwar, weil Verantwortung sehr eingeschränkt. Kapitalgesellschaften begrenzen die Haftung des eingesetzten Kapitals auf die jeweiligen Einlagen. Mehr als diese können für die Kapitalinhaber nicht verloren gehen, obwohl der Schaden an der menschlichen Gesundheit und der Natur viel größer sein mag. Das Dominum als heute vorherrschende Eigentumsform gewährt das Recht zum Gebrauch einer Sache einschließlich ihres Verbrauchs – gleichgültig ob diese Nutzung von anderen als sinnvoller Gebrauch angesehen wird. Das ältere Eigentumsverständnis als Patrimonium erlaubt lediglich den – schonenden – Gebrauch, aber nicht den Verbrauch des Eigentums, weil die Eigentümer es von ihren Eltern erhielten und an ihre Kinder weitergegeben haben. Der Grund war schlicht und einfach die Erkenntnis, dass der Mensch nicht den Ast absägen soll, auf dem er und auf dem seine Nachfahren sitzen sollen.

Prälat Karl Jüsten
Leiter des Büros der katholischen Bischofskonferenz

Papst Franziskus hat aus der Bibel und der christlichen Tradition geschöpft, als er uns und die ganze Menschheit mit seiner Enzyklika Laudato Si’ zu einer radikalen Umkehr in unserem Umgang mit der Schöpfung und in unseren Lebensstilen aufgefordert hat. Wir brauchen also keine „neuen“ Erkenntnisquellen. Wir müssen vielmehr den Wert von Gottes Schöpfung konsequent in den Fokus nehmen.

Ein Schritt zur Umkehr kann dabei das Eingeständnis von Fehlern sein: Der im Buch Genesis enthaltene Auftrag, sich die Erde zu „unterwerfen“, wurde von uns Christen manchmal falsch verstanden. Wir sind nicht die Herrscher über die Schöpfung. Das ist nur Gott. Wir haben den Auftrag, mit der Schöpfung verantwortlich umzugehen.

In seiner Enzyklika hebt Papst Franziskus hervor, dass die Ärmsten dieser Erde am stärksten von Klimawandel und Umweltverschmutzung betroffen sind. Von daher hat sich der Vatikan in den Verhandlungen zum Paris-Abkommen für das 1,5-Grad-Ziel eingesetzt. Auch ist es ein Verdienst von Franziskus, die Krise, in der wir uns befinden, als öko-soziale Krise zu erkennen, die ganzheitliche Lösungen braucht. Dabei wendet Franziskus sich ausdrücklich an jeden Erdenbürger, nimmt aber uns Christen besonders in die Pflicht. Alle Weltreligionen und ebenso die Naturreligionen wollen die Schöpfung bewahren. So können Religionen Motoren zur Bewahrung der Schöpfung sein.

Natürlich leben wir auf Kosten zukünftiger Generationen und überwiegend nicht nachhaltig. Daher müssen wir unsere Art zu wirtschaften und unser Leben zu gestalten dringend auf den Prüfstand stellen. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sind hier genauso gefordert wie jeder von uns ganz individuell – wir müssen uns fragen, wie es mit unserem sozialen und ökologischen Fußabdruck aussieht. Jeder von uns kann etwas tun, angefangen beim Konsumverhalten oder der Gestaltung etwa von Mobilität – und das kann sogar einen enormen Gewinn bedeuten: Die Genügsamkeit, die unbefangen und bewusst gelebt wird, ist befreiend, schreibt Papst Franziskus.

Uwe Schneidewind: Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. 2018, Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main. 520 Seiten, ISBN 978-3-596-70259-6
Es braucht Transformationskompetenz, um mit den Herausforderungen der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung umgehen zu können. Uwe Schneidewind bündelt in seinem mit Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen des Wuppertal-Instituts verfassten Buch die Arbeiten und Ansätze des Instituts zu einem Wuppertaler Transformationsmodell. In diesem wird Nachhaltigkeit als kulturelles Projekt verstanden und ausgeführt. Sieben Felder der Großen Transformation, hier Arenen genannt, umfassen weit mehr als Energiewende, Mobilitätswende und Ernährungswende. Vielmehr wird die Wohlstands- und Konsumwende als Grundbaustein der Großen Transformation hervorgehoben. Die dritte Dimension sind die vielfältigen Akteure in ihrem Zusammenspiel. Über die vorherrschende Betonung der Innovationen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung hinausgehend wird im Buch das Komplement einbezogen, das aktive Phasing-out der nichtnachhaltigen Strukturen, Technologien und fossilen Energien. Im Buch wird das Exnovationen genannt. Schneidewind will Transformationskundigkeit vermitteln (vom Englischen transformative literacy). Das meint der Buchtitel, wenn es um Zukunftskunst geht, die Kunst, mit den Herausforderungen der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit zu Rande zu kommen.

Felix Sühlmann-Faul und Stefan Rammler (2018): Der blinde Fleck der Digitalisierung. Wie sich Nachhaltigkeit und digitale Transformation in Einklang bringen lassen. 229 Seiten, ISBN 978-3-96238-088-5
Digitalisierung kann, klug angewandt, Nachhaltigkeitsziele unterstützen. Die Autoren arbeiten diesen üblicherweise im Vordergrund stehenden Zusammenhang der digitalen Transformation mit der Nachhaltigkeitstransformation gut heraus. Zugleich haben sie aber klar im Blick, dass die Digitalisierung nicht zwanglos komplementär und fördernd für die Nachhaltigkeit ist. Vielmehr besteht aus ihrer Sicht die Gefahr, pfadabhängig die neuen digitalen Technologien entsprechend der etablierten ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen in, wie sie es metaphorisch umschreiben, „alte Schläuche zu gießen“. Die Autoren analysieren den Energieverbrauch der digitalen Technologien ebenso wie die stofflichen Grundlagen. In einem weiten Nachhaltigkeitsverständnis gehen sie auf Gefahren für die Demokratie ein. Die Handlungsempfehlungen richten sich an unterschiedliche Akteure, von privaten Anwendern über Politik zur Wirtschaft mit Schwerpunkt auf IKT-Unternehmen. Es braucht aus ihrer Sicht Forschung, die die Fundierung für den gesellschaftlichen Diskurs zu der Ausrichtung der digitalen Transformation liefern kann, ebenso wie Plattformen für einen unternehmensunabhängigen gesellschaftlichen Diskurs.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz – eine Handreichung 32 Seiten, DIN-A4-Broschüre; Eigenverlag, Berlin, 2018.
Das Besetzen von ökologischen Themen durch Rechtspopulisten ist kein neues Phänomen. So wurde der Naturschutz in Deutschland seit seiner Entstehung auch als „Heimatschutz“ von antisemitischen und völkischen Strömungen mitgeprägt. Heute engagieren sich Rechtsextreme im Natur- und Umweltschutz sowohl strategisch, um die bürgerliche Mitte zu erreichen, als auch aus Überzeugung. Denn für sie gehören Natur, Heimat und Volk zusammen – angelehnt an die „Blut-und-Boden“- Ideologie der Nationalsozialisten – und können auch nur als Ganzes geschützt und erhalten werden. Die Broschüre der Fachstelle für Radikalisierungsprävention klärt darüber auf, wo es in aktuellen Natur- und Umweltschutz-Debatten Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien gibt, und fragt nach historischen Kontinuitäten. Zum Beispiel sprechen rechtsextreme Naturschützer im Zusammenhang mit eingeschleppten gebietsfremden Arten (Neobiota) oft von „Fremdlingen“, „Plage“ oder „Eroberern“. Die Botschaft dabei ist: Das Fremde bedroht die heimische Natur. Dann ist es für rechtsextreme Naturschützer nicht mehr weit zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“. Die Handreichung der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) macht diese Zusammenhänge sichtbar und bietet einen ersten Einstieg in das Thema.

Deutsche Umweltstiftung

DEUTSCHE UMWELTSTIFTUNG – HOFFNUNG DURCH HANDELN

Dies ist das Motto der 1982 von über 300 engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegründeten Deutschen Umweltstiftung.
Die Deutsche Umweltstiftung ist ungebunden, politisch und wirtschaftlich unabhängig. Hinter der Stiftung stehen aktuell über 3.400 Stifterinnen und Stifter. Damit ist sie nach Zahl der sie tragenden Personen die größte – und übrigens auch älteste – deutsche Bürgerstiftung. Wir schützen die Umwelt, indem wir an die Verantwortung jedes Einzelnen appellieren und Bewusstsein schaffen. Dabei setzen wir auf Eigenverantwortung statt Bevormundung, auf private Initiative statt staatlicher Bürokratie, auf die Suche nach Lösungen statt nach Schuldigen. Die drohende Klimakatastrophe geht alle an. Deshalb tun wir seit mehr als 30 Jahren alles, um das Umweltbewusstsein bei Menschen, Institutionen, Verbänden und in Unternehmen zu fördern.

www.deutscheumweltstiftung.de

Die Herausgeber (Deutscher Naturschutzring, BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde und Die Transformateure) stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

„DER SCHMERZ ALS WEG IN EIN ANDERES LEBEN“

Die evangelische Theologin Cornelia Coenen-Marx über Laudato Si’, die Ökonomisierung der Natur und die Bibel als Auftrag für die Große Transformation.

Interview: MICHAEL MÜLLER

Foto: sokaeiko | Pixelio.de 697266

Frau Coenen-Marx, die katholische Kirche hat mit „Laudato Si’“ eine beeindruckende Lehrschrift zur Verantwortung des Menschen für das gemeinsame Haus Erde herausgebracht. Wie sehen Sie die Initiative von Papst Franziskus? Er spricht von den Wunden an der Natur und an der Menschheit.

Cornelia Coenen-Marx: Laudato Si’ zeigt ganz klar, welche ethischen Konsequenzen aus der Freude an der Schöpfung und dem Lobpreis des Lebens folgen. Der Text ist nicht moralinsauer, sondern hellsichtig und mit klarer Kante.

In einer Passage, die mir sehr gefällt, zeigen die Autoren, wie wichtig es ist, Stadtlandschaften so zu gestalten, dass Flussufer, Parks und Plätze allen zugänglich sind, statt öffentliche Güter für wenige zu privatisieren. So entstehen auch wieder Trinkbrunnen, an denen sich alle bedienen können, ohne teures Trinkwasser kaufen zu müssen – das lässt die Hoffnung aufkeimen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger von Evian in den französischen Alpen irgendwann wieder von ihrem eigenen Grundwasser trinken können, dass also dem Raubbau von Nestlé und anderen ein Ende gesetzt wird. Vergangenes Jahr stand in Athen, wo neben Kassel die documenta 14 stattfand, eine Telefonzelle, die zum Sauerstoffzelt geworden war – da konnte man sich vorbereiten auf eine Welt, in der auch die Luft privatisiert ist.

„Laudato Si’“ ruft in Erinnerung, dass die Allmende Grundlage für eine soziale Gemeinschaft ist, in der nicht einer des anderen Wolf werden muss, wie es der ausufernde Wettbewerb lehrt. Wenn der Markt auf alle Bereiche übergreift und auch die sozialen und die natürlichen Grundlagen des Lebens ökonomisiert werden, empfinden wir eine existenzielle Bedrohung, dann schlägt menschliche Autonomie um in Beziehungslosigkeit. Ich glaube, der Schmerz darüber kann der Impuls für ein anderes Leben sein. Der Apostel Paulus beschreibt diesen Schmerz als „Wehen“ – den Weg zu einem neuen Leben.

Wie ist das Verhältnis Ihrer Kirche zur Natur? Was zählt mehr: den Apfelbaum zu pflanzen oder sich die Erde untertan zu machen?

In der älteren Schöpfungserzählung, die von Adam und Eva erzählt, heißt es, Gott setzte uns Menschen in den Garten, „damit wir ihn bebauen und bewahren“ – eben Apfelbäume pflanzen! Der Auftrag, die Natur zu schützen und zu pflegen, ist das Gegenteil von Ausbeutung und Naturzerstörung – so wird ja das „untertan machen“ aus dem späteren Schöpfungsbericht oft verstanden. Aber dass wir uns dermaßen als „Herren“ der Schöpfung aufgeführt haben und noch aufführen, das entspricht auch dem priesterschriftlichen Schöpfungsbericht nicht wirklich.

Denn die Krone der Schöpfung nach den sechs Tagen, in denen Himmel und Meer, Pflanzen und Tiere erschaffen werden, ist dann am siebten Tag der Sabbat, der Ruhetag für Mensch und Natur. Der Mensch wird am sechsten Tag geschaffen, er ist Teil der Schöpfung und soll seinen Platz in ihr einnehmen. Aber das begreifen wir leider oft erst, wenn wir an die Grenzen stoßen.

Was wäre der wichtigste Beitrag der Kirchen, damit es zum dauerhaften Frieden mit der Natur kommt?

Der dauerhafte Frieden wäre die Rückkehr ins Paradies. Die vielen Dystopien in Büchern und Filmen zeigen aber, dass viele zurzeit eher das Gefühl haben, wir gingen auf die Apokalypse zu. Dass wir diese Ängste wahrnehmen, ohne zu resignieren oder zynisch zu werden, dass wir Mut machen, auch schmerzhafte Veränderungen anzugehen und dabei einen gelassenen Umgang mit Endlichkeit vorleben, das wäre ein wichtiger Beitrag der Kirche.

Heute steht die Umweltbewegung vor einer neuen Herausforderung. Sie muss konkret machen, wie eine sozial-ökologische Transformation aussehen kann. Ist ein tiefgreifender Wandel ohne eine soziale und ethische Grundlage überhaupt möglich und welche Rolle können dabei die Kirchen spielen?

In allen Veränderungsprozessen brauchen wir gemeinsame Werte als Grundlage für das Setzen von Prioritäten und für die schmerzhaften Entscheidungen, die damit verbunden sind. Und auch die Bereitschaft und Fähigkeit, beieinander zu bleiben, Seite an Seite, aufeinander zu achten und die Schwächeren, die Gebrechlichen und Verletzten mitzunehmen, ist eine Grundvoraussetzung für gelingende Transformation.

Die Exodusgeschichte mit der Wüstenwanderung erzählt davon – und auch von den Gefahren, die uns zurückfallen lassen. Dass die gemeinsame Anstrengung aus unterschiedlichen Quellen kommen kann – jüdischen und christlichen, humanistischen, bürgerlichen, sozialistischen und heute auch muslimischen –, das zeigt die Entwicklung des Sozialstaats in Deutschland. Die Religionsgemeinschaften sind aber noch etwas anderes als „Werteagenturen“ – sie sind Hoffnungs- und Erzählgemeinschaften, die Bilder, Vorbilder, Symbole und Rituale für Übergänge zur Verfügung stellen.

Der Klimawandel ist wahrscheinlich die größte Menschheitsherausforderung. Die Gefahren kennen wir seit 30 Jahren, doch der Klimaschutz kommt nicht voran. Beim Schutz von Wasser, Boden und Luft sieht es nicht viel besser aus. Wie erklären Sie sich, dass der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln immer größer wird?

Im Bundestagswahlkampf 1961 versprach der damalige Kanzlerkandidat Willy Brandt den blauen Himmel über der Ruhr. Vor ein paar Tagen war ich mit dem Auto auf dem Weg nach Ennepetal – zwischen Hagen und Wuppertal – und erinnerte mich an die dreckige Luft, die ich früher bei Fahrten auf der B7 erlebte.

Nach 1990 wurde die Luft auch im Chemiedreieck um Bitterfeld wieder besser – zum Teil allerdings auch Ergebnis einer übergriffigen Industriepolitik durch die Treuhand. Wünschenswert bleiben demokratische Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität, wie das an Rhein und Wupper gelungen ist.

Was also ist seitdem passiert? Warum nutzen wir weiter Wegwerfplastik, obwohl wir sehen, wie wir die Meere zerstören? Ich habe den Eindruck, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger angesichts der Komplexität der Globalisierungsprozesse, der Bilder und Informationen absolut überfordert fühlen.

Am Beispiel des Dieselskandals und des Kohleausstiegs sehen wir wie in einer Inszenierung, welche Konsequenzen das hat: Die Angst um Arbeitsplätze und die um Klima und Gesundheit fallen sich gegenseitig in den Schritt, Automobil- und Energiewirtschaft steuern trotz aller Expertise nicht rechtzeitig um und nationale Politik als steuerndes Element fällt aus Angst vor Stimmenverlusten nahezu aus.

Was muss geschehen?

Klare Verabredungen zum Beispiel über den Zeitpunkt des Kohleausstiegs wären hilfreich – die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat das eben in einem Beschluss festgehalten. Dass weniger Wachstum und materieller Wohlstand mehr sein könnte, das spüren ja längst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Tarifvertragsverhandlungen zeigen: Viele wollen mehr Zeit füreinander, mehr Qualität von Nahrung, Luft und Wasser, mehr Leben statt Funktionieren.

Auch eine Fülle zivilgesellschaftlicher Initiativen und Mut machende Start-ups geht in diese Richtung. Diese Art von bürgerschaftlichem Wissen und Engagement braucht politische Struktur und mutige Protagonisten, die sich über die machtvollen Profitinteressen, mit denen wir es zu tun haben, keine Illusionen machen und sich weltweit vernetzen.

Sie haben im Jahr 2012 wesentlich dazu beigetragen, dass es zum „Transformationskongress“ von Kirchen, Gewerkschaften und Umweltverbänden kam. Wie sehen Sie heute die damalige Initiative?

Die Aufgabe, vor der wir stehen, lässt sich nur in breiten Allianzen bewältigen. Es wäre schön, wenn der Prozess weiterginge – auch mit weiteren Partnern aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch ein internationaler Kongress könnte ein nächster Schritt sein.

Neben solchen Großveranstaltungen ist es wichtig, dass vor Ort, bei Akademietagungen oder Projekten alle Chancen zur Zusammenarbeit genutzt werden. Der Transformationsprozess, die Bewegungen brauchen jedenfalls stützende Organisationen, die mehr Atem haben als die jeweils aktuelle Politik. Die Kirchengemeinden vor Ort können dabei eine wichtige Rolle spielen, wenn sie den eigenen Umgang mit Energie und Arbeitsplätzen wirklich nachhaltig gestalten.

Cornelia Coenen-Marx ist Pastorin, Publizistin und Inhaberin der Agentur „Seele und Sorge“. Sie war bis 2015 als EKD-Oberkirchenrätin für Sozial- und Gesellschaftspolitik zuständig. Zu ihren Publikationen gehört „Aufbrüche in Umbrüchen – Christsein und Kirche in der Transformation“ (2016)

„DIE MENSCHEN SIND NICHT EIGENTÜMER DER ERDE“

Das Naturverständnis bei Karl Marx und Friedrich Engels.

Text: MICHAEL MÜLLER

Die Philosophen und Gesellschaftstheoretiker Karl Marx und Friedrich Engels versuchten vor 150 Jahren wissenschaftlich zu begründen, dass es unter kapitalistischen Produktionsbedingungen unvermeidlich zu einer Revolution kommen muss. Sie übernahmen dafür von Georg Wilhelm Friedrich Hegel die historisch-dialektische Denkweise, die sie zur Erklärung der Triebkräfte in den materiellen Bedingungen und sozialen Auseinandersetzungen nutzten. Marx‘ große Leistung ist die weitsichtige Beschreibung kapitalistischer Verwertungszwänge. Er deutete die Entfaltung der Produktivkräfte als notwendiges Durchgangsstadium und versuchte mit dem „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ dem aufbrechenden Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen eine analytisch fassbare und empirisch überprüfbare Gestalt zu geben.

Marx sah darin den entscheidenden geschichtsbildenden Faktor. Seine Grundüberzeugung war, dass erst die Entfaltung der Produktivkräfte die „materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität“ schaffe. „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind“, so seine Erkenntnis, „und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ Die Annahme des vorübergehenden Charakters der kapitalistischen Produktionsweise und die daran geknüpfte Erwartung einer proletarischen Revolution unterschätzte freilich die Anpassungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Systeme und überschätzte die Handlungsbereitschaft kollektiver Akteure. In den kommunistischen Staaten hat später im Namen des Marxismus ein platter Produktivismus nicht nur ein autoritäres System gefördert, sondern auch schlimme Umweltzerstörungen angerichtet. Das heißt aber nicht, dass Marx und Engels für ökologische Fragen blind waren, wie ihnen oft unterstellt wurde. Sie gingen davon aus, dass das gesellschaftliche Sein des Menschen eingebettet ist in das universelle Sein der Natur, die zu erhalten ihnen bei Strafe des eigenen Untergangs auferlegt ist. „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde“, heißt es in Karl Marx‘ Hauptwerk „Das Kapital“. Vielmehr sei die Erde „den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“. „Bei jedem Schritt“, schrieb Friedrich Engels in „Dialektik der Natur“, „werden wir daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außerhalb der Natur steht – sondern, dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen und unsere ganze Herrschaft darin besteht, ihre Gesetze erkennen und sie richtig anwenden zu können.“

ZERSTÖRUNGSPOTENZIAL UNTERSCHÄTZT

Marx und Engels hatten keinesfalls ein ungebrochen deterministisches Verhältnis zur Idee des technisch-ökonomischen Fortschritts, der, wie es im „Kapital“ heißt, „die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“. Auch wenn der Leser oft den Eindruck gewinnt, dass sich der klassische Marxismus – methodologisch gerechtfertigt durch Francis Bacon und René Descartes – erst einmal der Dynamik der Naturbeherrschung ausliefert, sind bei Marx und Engels, „seltener zwar und häufig an entlegenen Orten, Ansätze einer ‚ökologischen‘ Kritik des destruktiven Aspekts“ der industriellen Moderne zu finden, wie Alfred Schmidt in seiner Untersuchung herausarbeitet.

„Fortschritt hier, Rückschritt dort“ – Marx sah durchaus die „entgegengesetzten Bewegungen“. Vor dem historischen Hintergrund des 19. Jahrhunderts lag allerdings sein Schwerpunkt verständlicherweise auf der sozialen Frage, um Armut und Elend, Unterdrückung und Abhängigkeit zu überwinden. Die Entfaltung des wirtschaftlichen Wachstums sah er als notwendige Etappe zur Befreiung des Proletariats. Diese Wirtschaftsweise reproduziert sich aber durch den Verzehr ihrer natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt, zu deren Erhaltung sie selbst wenig oder nichts beiträgt. Die heutige umfassende Krise des Erdsystems war für Marx und Engels nicht vorstellbar. Dass die Gesellschaft durch die Unterwerfung und Ausbeutung der Natur ihre eigene Fortexistenz untergräbt, haben sie unterschätzt.

Karl Marx hatte recht, dass es politischer Gestaltung zur Zivilisierung der Ökonomie bedarf. Die Ideologie der Deregulierung und Liberalisierung widerspricht der Idee von Gesellschaft. Deswegen repräsentiert die Politik, erst recht ihr heutiges Personal, nicht die Gesellschaft als Ganzes, sondern in beschränkter Wahrnehmungsperspektive nur Teilsysteme und Einzelinteressen. Die Betonung liegt immer auf Differenz, nicht auf Einheit. Erst eine sozial-ökologische Transformation der Produktionsweise und Gesellschaftsordnung kann zur Grundlage eines neuen Fortschritts werden.

Michael Müller (SPD), ehemaliger Umweltstaatssekretär, Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Mitherausgeber von klimareporter.de

ÖKOLOGIE IST KEINE ERSATZRELIGION

Text: MARTIN HELD UND MARKUS VOGT

Bei der beginnenden Großen Transformation geht es um nichts weniger als den historisch einzigartigen Übergang von der Nichtnachhaltigkeit zu einer nachhaltigen, dauerhaft zukunftsverträglichen Entwicklung. Damit sind tiefgreifende technologische, ökonomische, gesellschaftliche und politische Veränderungen angesagt. Und damit ist die Stellung von uns Menschen in der Welt berührt. Aufgeworfen sind persönliche Sinn- und gesellschaftliche Grundfragen nach dem *common good* – dem, was uns bei aller Vielfalt und Interessenunterschieden verbindet und trägt.

Hinterfragen müssen wir auch das Selbstverständnis von uns Menschen, das Menschenbild. Vielen fällt es schwer, Abschied zu nehmen von der Vorstellung eines Menschen, der alles beherrscht und kontrolliert. Diese lange Zeit attraktive Vorstellung ist aber weder sonderlich klug noch entspricht sie der Selbstetikettierung *homo sapiens*. Sie ist vermessen.

Der Mensch ist Teil der Natur, erlebt sich aber auch als sittliches Subjekt, dessen Tun und Lassen gerade nicht einfach von den naturgegebenen Handlungsantrieben vorgegeben ist, sondern in Auseinandersetzung mit kulturellen Vorstellungen bestimmt werden muss. Als sittliches Subjekt erlebt er sich auch als ein Gegenüber zur Natur. So liegt es nahe, Natur und Kultur als Dualismus zu verstehen.

VON GROSSTECHNIK ZU LASSEN FÄLLT SCHWER

In der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit geht es darum, diesen Dualismus zu überwinden. Freiheit und Kultur fangen nicht dort an, wo Natur aufhört. Angesagt ist keine Emanzipation von den „Fesseln der Natur“. Vielmehr sollten wir den expansiven Raubbau an den natürlichen Lebensvoraussetzungen beenden und zu einer verantwortlichen Kohabitation von uns Menschen mit der äußeren Natur kommen.

Das bedeutet nicht, „die Natur“ zu sentimentalisieren, sondern das Verständnis für die Zusammenhänge der Naturkräfte samt den Wirkungsketten der menschlichen Einflussnahme zu verbessern. Die Transformation von Lebens- und Wirtschaftsstilen fällt jedoch doppelt schwer. Schwer fällt es vielen von uns, neugewonnene Möglichkeiten – etwa das Fliegen – nicht exzessiv zu betreiben, sondern als etwas Kostbares zu begreifen.

Es fällt auch schwer, die Klimakrise nicht durch großtechnische Projekte beheben zu wollen. Die großtechnologische Umsetzung des sogenannten Carbon Capture and Storage (CCS) zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs ist dafür ein prototypisches Beispiel: Die Anwendung der CO_2-Speicherung in einer Größenordnung, um das Weltklima zu stabilisieren, setzt fehlerfreie, nahezu allumfassende Kenntnisse über die Wirkungszusammenhänge und vollständige Kontrollierbarkeit voraus. Das kann es nicht geben. Angesichts der dramatischen Änderungen des Klimas ist es verständlich, auf derartige technologische Wunder zu setzen. Aber es ist vermessen.

Szientismus – der Glaube, allein aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und daraus ableitbaren Technologien alle Fragen lösen zu können – steht dagegen in der Gefahr, „die Ökologie“ als eine Art Ersatzreligion zu verstehen. Das erschwert es, die normativen Konflikte der Nachhaltigkeitstransformation in der gebotenen Intensität zu debattieren.

Bei Katastrophen und tragischen Ereignissen taucht der Ruf nach Trost durch Religion auf. Tatsächlich liegt die Bedeutung von Religionen für die Transformation jedoch nicht in vordergründiger Instrumentalisierung passend erscheinender religiöser Versatzstücke (ein einfaches Beispiel: statt Evolution sagt man Schöpfung). In umgekehrter Perspektive können Auseinandersetzungen um die Große Transformation zur Nachhaltigkeit religionsproduktiv sein, werden doch Fragen nach den Grenzen menschlicher Aktivitäten in neuer Schärfe aufgeworfen: nach dem Sinn des Lebens, ethischen Maßstäben und der Motivation zum aktiven Handeln. In der Transformationsdebatte wird dies *inner transition* genannt.

EINSICHT IN DIE GRENZEN DER EINSICHTSFÄHIGKEIT

Ist das nicht alles zu abgehoben, etwas zu groß, zu bedeutungsschwanger aufgeladen? Nein, im Gegenteil geht es bei der anstehenden Nachhaltigkeitstransformation auch um die Einsicht in die Grenzen der Einsichtsfähigkeit von uns Menschen. Dafür steht der für viele altmodisch klingende Begriff der Demut – in dem zugleich Mut steckt. Eine Auseinandersetzung mit diesen Grundfragen lenkt nicht ab, hält nicht vom Aktivwerden für die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende ab. Sie hält vielmehr davon ab, den Umbruch noch länger hinauszuschieben. Ein Einlassen auf diese Grundfragen ermutigt uns, ernsthaft um die heute notwendigen Schritte von der Nichtnachhaltigkeit zu einer nachhaltigen Entwicklung zu streiten. Es stärkt uns, neue Wege zu gehen.

Martin Held war Studienleiter für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung an der Evangelischen Akademie Tutzing. Er ist Koordinator des Gesprächskreises „Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation“

Markus Vogt ist Professor für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Berater der ökologischen AG der Deutschen Bischofskonferenz

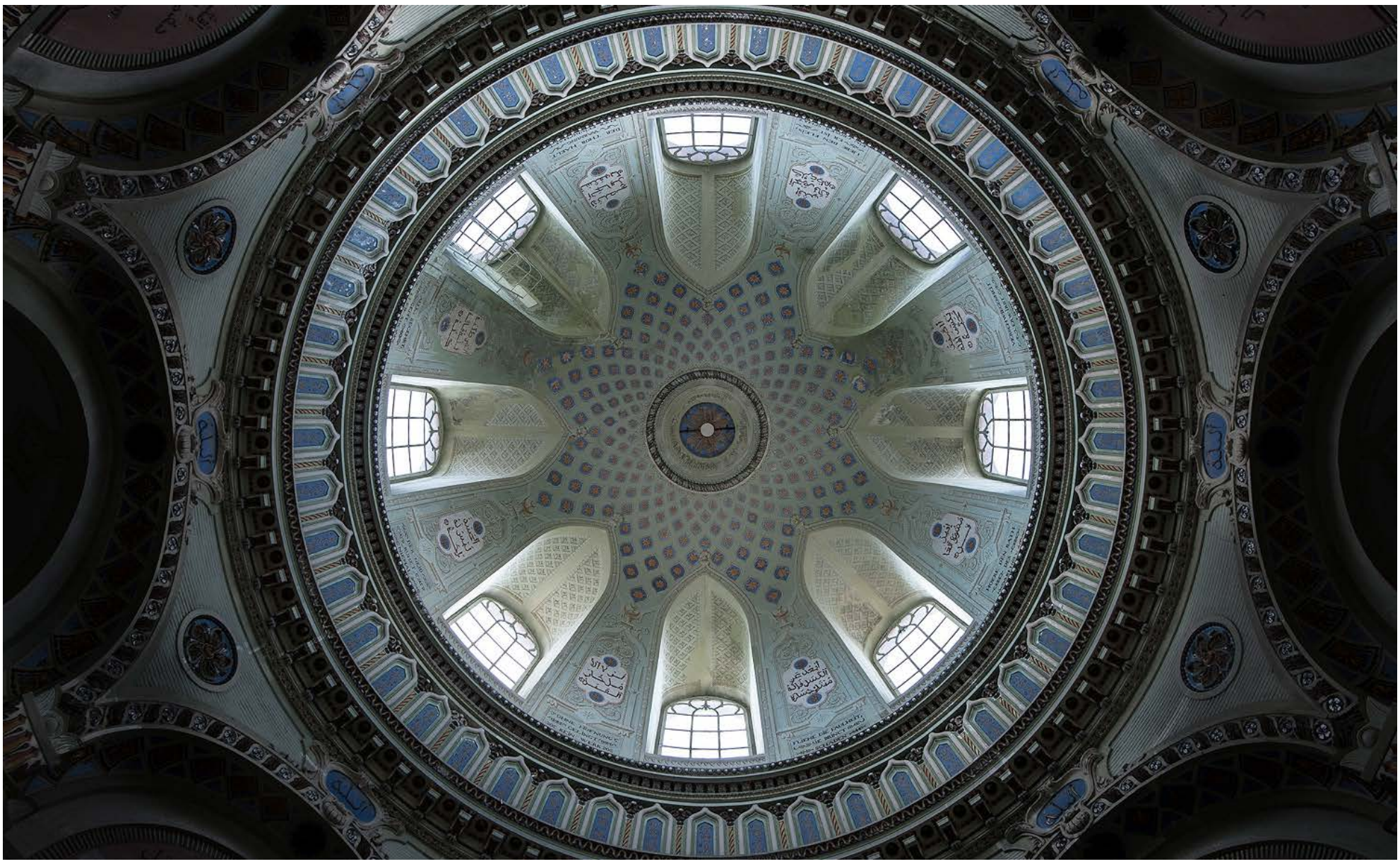

Foto: Rudis-Fotoseite.de | Pixelio 651322

DER PAPST GEHT VORAN – SEINE KIRCHE ZÖGERT

Die Umweltenzyklika Laudato Si' ist die klarste Handlungsanweisung seit der Bergpredigt.

Text: JÖRG SOMMER

Als Papst Franziskus am 18. Juni 2015 in Rom seine zweite Enzyklika vorstellte, die sich schwerpunktmäßig mit Umwelt- und Klimaschutz beschäftigte, nannte er sie „Laudato Si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus".

Er benannte seinen Text nach dem Sonnengesang des Franz von Assisi, der in der römisch-katholischen Kirche und von vielen Christen anderer Konfessionen als Heiliger verehrt wird: „Laudato Si', mi' signore, cun tucte le tue creature" – „Gelobt seist du, mein Herr, mit all deinen Geschöpfen". Papst Franziskus erklärte in der Enzyklika, dass der heilige Franziskus „eine Art Leitbild und eine Inspiration" für ihn sei: „Ich glaube, dass Franziskus das Beispiel schlechthin für die Achtsamkeit gegenüber dem Schwachen und für eine froh und authentisch gelebte ganzheitliche Ökologie ist."

Angekündigt hatte Papst Franziskus die Umweltenzyklika bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt im März 2013. Dass es bis zur Veröffentlichung über zwei Jahre dauerte, ist ein Hinweis darauf, dass der Inhalt innerhalb des Vatikans alles andere als unumstritten war. Insider berichteten von zahlreichen Interventionen, Krisenkonferenzen und Versuchen von Lobbyisten, Formulierungen aus dem Text zu streichen oder zumindest abzuschwächen. So wurden zum Beispiel Mitarbeiter des Heartland Institute, einer konservativen Denkfabrik aus den USA, in Rom vorstellig. Sie bemühten sich unter anderem, dem Papst klarzumachen, „dass menschliche Aktivitäten keine Klimakrise auslösen".

BISHER NICHT GEKANNTE KLARHEIT UND SCHÄRFE

Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund die Eindeutigkeit, Klarheit und Schärfe des letztlich publizierten Textes. Offenbar hatte sich der Papst weitgehend gegenüber den Blockierern und Lobbyisten durchgesetzt. Wer in der Geschichte der katholischen Kirche bewandert ist, weiß, dass dies keineswegs die Regel darstellt.

Die Enzyklika ist letztlich ein eindringliches Plädoyer für Umwelt- und Naturschutz geworden. Sie kritisiert eindeutig die „Lüge von der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter unseres Planeten" und sie zieht weitreichende Konsequenzen aus der ökologischen Frage: „Wir kommen … nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussion aufnehmen muss, um die Klagen der Armen ebenso zu hören wie die Klagen der Erde."

Der Papst sieht die Ursache der globalen ökologischen und sozialen Probleme in einem „fehlgeleiteten Anthropozentrismus" durch eine „relativistische Denkweise", in der die Natur zubereitet, isoliert und selektiv, aber nicht ganzheitlich gesehen wird.

Laudato Si' kommt das Verdienst zu, die Naturzerstörung nicht nur in ihren ökonomischen und technischen Ursachen zu sehen, sondern auch in ihren sozialen und kulturellen Zusammenhängen: „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozial-ökologische Krise."

So klar wie Franziskus hat noch kein Papst beschrieben, dass unbegrenztes Wachsen, Verbrauchen und Wegwerfen nicht möglich sind. Der Text blieb in der Folge nicht ohne Wirkung. Nachdem er rechtzeitig vor dem Weltklimagipfel in Paris erschien, demonstrierten am Vorabend des Gipfels Hunderttausende auf den Global Climate Marches in London, Berlin, Madrid, Amsterdam, Bogotá, Johannesburg, Dhaka, Kampala, Omaha, Rom, São Paulo, Sydney, Seoul, Ottawa, Tokio und Tausenden anderen Städten unter ausdrücklicher Berufung auf Laudato Si'. Auch in Paris beriefen sich immer wieder Delegierte aus vielen Nationen auf Formulierungen und Positionen aus der Enzyklika. Sie hat, darin sind sich die Experten einig, dazu beigetragen, dass es in Paris letztlich zu einem ehrgeizigen Weltklimavertrag kam.

So eindrucksvoll diese unmittelbare Wirkung einer päpstlichen Enzyklika ist, so irritierend ist die offensichtlich nur marginale Rezeption in der katholischen Kirche selbst. Würden die katholischen Eliten weltweit die Enzyklika ernst nehmen, wären radikale Umweltschutzmaßnahmen, konsequente Energiewenden, rasche Ausstiege aus fossilen Brennstoffen und eine Unterstützung der ärmeren Länder bei der Umsetzungen einer sozial-ökologischen Wende Handlungsanleitung für jeden Katholiken. Davon ist nicht nur in Deutschland, sondern weltweit wenig zu erkennen. Auch die katholischen Landeskirchen positionieren sich seit 2015 weder vernehmbarer noch entschiedener zu Umwelthemen. Offensichtlich ist in den nach wie vor dominierenden konservativen Kreisen des Katholizismus ein Überdenken des weder ökologisch noch sozial gerechten westlich-industriellen Lebenswandels ein Tabu, an dem selbst eine päpstliche Enzyklika nicht rütteln kann.

ANDERE FORMES DES WIRTSCHAFTENS

Wirklich überraschend ist dies letztlich nicht: Es hat nach Christi Geburt über 2.000 Jahre gebraucht, bis der Hirte der sich auf ihn berufenden großen Weltkirche endlich die Bewahrung der Schöpfung als explizite Aufgabe anerkennt. Da wäre es vermessen zu erwarten, dass seine Gläubigen ihm darin willig folgen, insbesondere nicht jene, die sich bislang noch auf der Gewinnerseite des von ihm kritisierten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells sehen.

Dies sollte uns nicht dazu verleiten, den Wert von Laudato Si' geringzuschätzen. Die Enzyklika ist eine der klarsten religiösen Richtungsweisungen seit der Bergpredigt. Aufgabe der ökologisch-sozialen Bewegungen ist es, die katholischen – und nichtkatholischen – Eliten stetig aufs Neue mit ihrem Inhalt zu konfrontieren. Franziskus fordert in Laudato Si' die Menschheit auf, andere Wege im Umgang mit der Welt zu suchen, vor allem „andere Formen des Wirtschaftens".

Man muss kein Christ sein, um diese Einsicht mit ihm zu teilen.

Jörg Sommer ist Buchautor und Umweltschützer. Seit 2009 leitet er als Vorstandsvorsitzender die Deutsche Umweltstiftung. Im Jahr 2017 wurde er zum Gründungsdirektor des Instituts für Partizipation berufen.

ALLES SOLL SO BLEIBEN, WIE ES IST

Rechtskonservative und neurechte Denkweisen setzen auf Ausgrenzung, autoritäre Führung und nationale Identität. Der Klimawandel und seine Folgen passen da einfach nicht ins Bild.

Text: SUSANNE GÖTZE

Foto: Regina Basaran | Pixabay 3608055

Auf den Florida Keys steigt der Meeresspiegel. Immer häufiger überfluten „king tides" – große Flutwellen – Straßen und Wassergrundstücke auf der Inselkette. Immer zerstörerischer sind die Wirbelstürme, die das Paradies am südlichen Zipfel der USA heimsuchen. Für die Inseln ein Untergang auf Raten: Keller von Luxusvillen laufen voll, Einwohner kommen nicht mehr zu ihren Häusern, die Vegetation stirbt ab, weil das Meerwasser nicht ablaufen kann, die Süßwasservorräte sind in Gefahr. Die rund 200 Koralleninseln vor Floridas Küste kämpfen mit dem Klimawandel.

Doch weder Politik noch Anwohner wollen das wahrhaben. Der republikanische Senator Marco Rubio hält Klimaschutz für eine Verschwendung von Steuergeld, die Klimaveränderungen seien nicht vom Menschen verursacht. Selbst unter den betroffenen Hausbesitzern und in der Tourismusbranche ist Verdrängung und Skepsis angesagt.

Das könnte auch an den Medien liegen, die kaum zur Aufklärung beitragen: Die Hauptnachrichten der wichtigsten Fernsehsender CBS, NBC, ABC und Fox berichteten laut der US-Initiative Media Matters for America im Jahr 2015, also noch unter Präsident Obama, durchschnittlich 37 Minuten über den Klimawandel – an allen 365 Tagen zusammengenommen.

Doch seit jeher ist das Leugnen des menschengemachten Klimawandels in den USA vor allem in rechtskonservativen Kreisen stark verbreitet. Kein Zufall also, dass der jetzige Präsident Donald Trump aus dem Paris-Abkommen aussteigen will. Rechte Kräfte auf der ganzen Welt sehen in ihm ein Vorbild. So drohte der frisch gewählte brasilianische Präsident Jair Bolsonaro ebenfalls damit, aus dem Abkommen auszusteigen. Auch in Europa mehren sich die Stimmen rechter Politiker, die Klimaschutz offen bekämpfen.

FEINDBILD UMWELTBEWEGUNG

Der rechte Rollback in der Politik wird auch hierzulande von einem Erstarken der Klimaleugner begleitet. In Deutschland gehört es in der neurechten Szene zum Selbstverständnis, den Klimawandel für Fake News der „Lügenpresse" zu halten – für eine angeblich von den Medien und dem „grün-industriellen-Komplex" verbreitete Legende. Dahinter stecken neben der AfD auch Bürgerbewegungen, die gegen Globalisierung und Einwanderung genauso kämpfen wie gegen Klimaschutz – genau wie Trump in den USA. Ihr ideales Deutschland ist ein Land ohne Migranten und ohne Klimapolitik, mit deutschen Einfamilienhäusern, Kohle- und Atomkraftwerken.

Migrations- und Klimapolitik sind für Neurechte untrennbar verbunden. So haben Administratoren von Online-Gruppen wie „Gründungsgruppe gegen EEG", „Gegenwind Deutschland" oder „Klima-Alarm vs. Realität" oftmals eine große Nähe zur AfD. Viele der Betreiber sind entweder selbst offen in der Partei aktiv oder unterstützen deren politische Positionen. Aber auch in Gruppen ohne expliziten Umwelt-, aber klaren AfD-Bezug, darunter „Klartext vernetztes Vaterland" mit über 32.000 Mitgliedern oder die „Libertäre Initiative" mit rund 4.500 Mitgliedern, ähneln sich die Argumente zur Umweltpolitik. Stets geht es um eine ablehnende Haltung gegenüber den sogenannten „Machteliten" – der Regierung und allen Parteien im Bundestag außer der AfD – sowie der Wissenschaft.

Die Rechtsextremismus-Expertin Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein hat Argumentationsmuster und Reflexe von Rechtsextremen und AfD-Anhängern untersucht. Während der Naturschutz in das Bild einer intakten Heimat passt, wurden Umwelt- und Klimaschutz historisch als Anliegen in der Linken geboren. „Umweltschutz wird bei Hippies und Grünen verortet – mit ihren Ideen und ihrem Auftreten waren und sind sie bei der Rechten verhasst", sagt Küpper.

Foto: Natalie ColourPhotography | Pixabay 2676298

Aufgeräumte Landschaften mit gesunden deutschen Familien: Dieses Naturverständnis ist auch heute Teil von rechtspopulistischen Programmen – die Realitäten der Globalisierung haben darin keinen Platz.

Während die Umweltbewegung auf das große Ganze schaue, fehle rechten Naturschützern die globale Perspektive ebenso wie das Verständnis für Komplexität. „Der Rechtspopulist sucht sein Heil im Einfachen und überschaubaren Nationalen: Er verspricht, den Kleinbürger vor dem Eindringen des Komplexen, des Fremden, des Neuen und Unübersichtlichen zu schützen und zugleich seine Privilegien zu verteidigen", so Küpper. Die AfD biete ihren potenziellen Wählern genau diese Mischung an und hole sie bei ihren Einstellungen ab.

Den Zusammenhang zwischen autoritären und umweltschutzfeindlichen Einstellungen hat auch der Koblenzer Umweltpsychologe Gerhard Reese ausgemacht. Er bestätigt die in der Forschung vorrangig bestehende These, dass Menschen mit einem ausgeprägt rechten und autoritätsfixierten Weltbild eher wenig für den Umweltschutz übrig haben. Einige Studien aus dem englischsprachigen Raum haben sogar ergeben, dass Anhänger autoritärer Einstellungen der Umweltbewegung extrem ablehnend gegenüberstehen. Auch Reese glaubt, dass umweltfeindliche Einstellungen vor allem jene haben, die besonders aggressiv gegen Normabweichungen vorgehen: „Je aggressiver die Teilnehmer gegenüber sozial abweichendem Verhalten waren, desto weniger umweltfreundlich waren sie eingestellt."

EINFACHE ANTWORTEN AUF KOMPLEXE FRAGEN

Spannend ist auch die aktuelle Naturbewusstseinsstudie, die vom Bundesamt für Naturschutz herausgegeben wird. Dort werden auch Milieus unter die Lupe genommen, die zum klassisch rechten Wählerspektrum gehören. Das „prekäre Milieu" beschreibt die Studie als „die teilhabe- und orientierungssuchende soziale Unterschicht", die sich wenig Gedanken über Umweltbedrohungen mache, weil sie zu stark mit den eigenen Problemen beschäftigt sei: „Ein Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und der Verbesserung der eigenen Lebensqualität wird kaum gesehen." Diese Gruppe spricht die AfD beispielsweise an, indem sie den Klimaschutz als Geldverschwendung beschreibt. Mit dem verschwörungstheoretischen Bild einer korrupten Wissenschaft schüren Klimaleugner zudem die Verbitterung sozial benachteiligter Menschen und eine neue Wissenschaftsfeindlichkeit.

Das Milieu der „Traditionellen" ist hingegen laut Studie „die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs- und Nachkriegsgeneration". Ebenso wie beim konservativ-etablierten Milieu und auch Teilen der bürgerlichen Mitte sieht die Studie in diesem Milieu ein Unbehagen gegenüber Wandel und Veränderung. Im Gegensatz zum prekären Milieu gehört aber ein gewisses Naturverständnis sozusagen zum guten Ton: „Im eigenen Garten sein oder im (Stadt-)Wald spazieren gehen, Natur steht für dieses Milieu für Harmonie und Ruhe, was ihnen – angesichts einer komplexer werdenden Welt – Sicherheit und Halt verspricht." Jedoch beschränkt sich diese Wahrnehmung nur auf das lokale Umfeld. Traditionelle wie Prekäre kritisieren laut Studie zusammen mit den Hedonisten am stärksten die Energiewende und sind unterdurchschnittlich ökologisch engagiert. Dagegen hielten Befragte mit hohen Bildungsabschlüssen die Energiewende überdurchschnittlich oft für richtig. Wieder ganz hinten in der Statistik sind das prekäre Milieu und die Traditionellen.

Rechte Bewegungen und Parteien bremsen demnach beim Klimaschutz, um ihre Wählerschaften zu bedienen. Wie bei der Migration geben sie einfache Antworten auf komplexe Fragen der Globalisierung. Ihr Programm: Augen und Ohren verschließen und sich vom Wandel abschotten – um eine scheinbar heile Welt zu erhalten, die es so nie gegeben hat.

PROTEST MIT DEN FÜSSEN

Ihre Motivation ist die Bewahrung der Schöpfung, ihre Ziele sind durchaus politisch: Die Klimapilger gehen von Bonn bis Katowice in Polen und demonstrieren für Klimagerechtigkeit und den Kohleausstieg.

Text: FRIEDERIKE MEIER

Es gibt Hoffnung. Das ist die Botschaft, die Kaplan Anish Mundackal in der katholischen Kirche von Hoyerswerda in Sachsen den Klimapilgern mit auf den Weg gibt. Er zeigt dafür auf ein Bild von Adam und Eva vor dem verdorrten Baum des Lebens. Aus dem Baum sprießt ein neuer grüner Zweig. „Wenn Sie heute durch unser Braunkohlerevier gehen und die Kraftwerke sehen, sollen Sie trotzdem Hoffnung haben“, sagt der Kaplan.

Die Klimapilger, das sind heute um die 15 Menschen. Von Hoyerswerda aus wollen sie die knapp 30 Kilometer bis zu dem Dorf Schleife gehen – hinein in das Lausitzer Braunkohlerevier im nördlichen Sachsen an der Grenze zu Brandenburg.

Einige von ihnen sind schon zwei Monate unterwegs. Denn die Pilger wollen von Bonn – dem Ort der letzten Klimakonferenz – nach Katowice in Polen gehen, wo in diesem Jahr die Klimaverhandlungen stattfinden. Ihre Forderungen: Mehr Klimagerechtigkeit, ein Kohleausstieg und ein ambitioniertes Regelwerk für das Pariser Klimaabkommen.

Um neun brechen die Pilger auf. An Straßen entlang geht es raus aus Hoyerswerda in den Wald. Einige verteilen Flyer an Passanten, andere vertiefen sich in Gespräche mit ihren Mitpilgern.

Foto: Friederike Meier

Die Klimapilger (hier in der Lausitz) sind nicht nur auf der Suche nach der Selbstfindung, sondern haben auch eine Botschaft: Für die Bewahrung der Schöpfung und für ein einfaches, solidarisches Leben.

KRAFTORTE UND SCHMERZORTE

Mit Menschen am Weg sprechen, sparsam leben, sich auf das Wesentliche besinnen, darum geht es für Wolfgang Löbnitz beim Klimapilgern. Der 65-jährige ist Teil des Organisationsteams und in diesem Jahr seit Düsseldorf dabei. „Beim Pilgern finde ich zu mir selbst und zu meinem Glauben“, sagt er. Außerdem will er darauf hinweisen, dass die Schöpfung bewahrt werden muss. „Man muss Technologie nutzen, wenn sie da ist, aber man darf es nicht übertreiben“, sagt Löbnitz, der selbst Ingenieur ist.

Für ihn hat das Pilgern auch noch einen ganz praktischen Effekt: „Es zeigt mir, wie sehr ich mich einschränken kann“, erzählt er. Die Pilger lebten sehr sparsam. „Und wir sind trotzdem zufrieden und haben viel Spaß.“ Sie übernachten entweder in Gemeindesälen oder bei Mitgliedern der Kirchengemeinden zuhause. Unterstützt wird der Pilgerweg von einem ökumenischen Bündnis aus 40 Organisationen.

Es ist aber keineswegs so, dass alle, die mitgehen, religiös sind. Viele wollen ein politisches Zeichen für den Kohleausstieg setzen und fühlen sich beim Pilgern wohler als bei Aktionen wie „Ende Gelände“. Bisher haben am Pilgerweg schon über 1.000 Menschen teilgenommen, bis zu 200 auf einmal.

Am Bernsteinsee, dem Restsee eines DDR-Braunkohletagebaus, gibt es geschmierte Brote, die Pilger strecken die Füße aus, die Sonne scheint. Nach einer halben Stunde geht es weiter, denn der Zeitplan ist straff. Trotzdem versuchen die Pilger die Umgebung, die sie durchwandern, zu genießen. „Manchmal gehen wir auch eine Zeit schweigend, vor allem an Kraftorten“, sagt Löbnitz. Kraftorte sind für ihn Orte, die guttun, wie ein schöner Wald oder auch die Kirchen, in denen alle Tagesetappen mit einer kurzen Andacht beginnen.

Das Gegenstück dazu sind Schmerzpunkte, wie laute Straßen, hupende Autos oder eben Tagebaue. „Dort kann man darüber nachdenken, was man persönlich dagegen tun kann“, erklärt Löbnitz. Schmerzorte sehen die Pilger viele, denn der Weg ist absichtlich so geplant, dass er alle deutschen Braunkohlereviere durchquert.

Durch das Lausitzer Braunkohlerevier geht es nun nach Berlin. Dort wollten die Pilger ihre Forderungen an Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) überreichen. Vorher wollen sie direkt vor dem Wirtschaftsministerium einen Gottesdienst veranstalten. Denn: Es gibt Hoffnung.

„LASST DIE TRAUER ZU!“

Der Fotograf Chris Jordan hat einen berührenden Film über Plastikverschmutzung auf einer wilden Insel im pazifischen Ozean gedreht. Wie in vielen seiner Arbeiten kontrastiert er Schönheit mit Verlust und Trauer.

Text: SUSANNE GÖTZE

Im Englischen gibt es zwei Worte für das Gefühl von Verlust: „despair“ und „grief“. Während das erste eher mit Verzweiflung und Depression übersetzt wird, bedeutet „grief“ im Deutschen Trauer. Für Chris Jordan ist diese Trauer nicht negativ, sondern mit Hoffnung und Liebe verbunden. Das schmerzliche Gefühl von Verlust durch Umweltverschmutzung, Extremwetter oder durch absterbende Landschaften und aussterbende Tierarten ist das Leitmotiv des US-amerikanischen Fotografen und Filmemachers.

Bevor der Künstler seinen 97-minütigen neuen Film „Albatross“ das erste Mal dem deutschen Publikum vorspielt, kündigt er an: „Lasst die Trauer zu, lasst sie in eure Herzen, wehrt euch nicht dagegen. Trauer ist gut und wird zu Unrecht verdrängt.“ Viele Menschen würden Trauer negativ besetzen und so das Potenzial des Gefühls gar nicht begreifen, ist der Künstler überzeugt. Sein Film, den er an einem Spätsommertag auf dem Potsdamer Telegrafenberg vorführt, ist dafür eine Art Beleg.

Die Naturdokumentation über wilde Abatrosse im Nordpazifik ist tatsächlich eine Gefühlsreise. Am Anfang steht das Staunen über die wilde Schönheit der pazifischen Insel. Der Filmemacher baut eine fast mythisch-märchenhafte Stimmung auf, die den Eindruck einer nahezu paradiesischen Unschuld hinterlässt. Dann kommt der Filmemacher den Albatrossen so nahe, dass den Zuschauern nichts anderes übrig bleibt, als sich in die schönen und auf ihre Art komischen Vögel zu verlieben. Genau da beginnt der Alptraum. Jordan zeigt schockierende Bilder von verendeten Vögeln, deren Mägen mit Plastik befüllt sind. Er zeigt, wie Albatrosmütter ihre Jungen mit Plastik füttern. Verschlussdeckel von Softgetränken, Zahnbürsten und Gummiringe werden zum Killer – und die Mägen der Vögel zum Spiegelbild unserer Konsumwelt: „Sie starben in einer schockierenden Ahnungslosigkeit, während ich wusste, warum sie starben“, heißt es in dem Film. Nach anderthalb Stunden haben die meisten im Saal Tränen in den Augen, niemand klatscht. Viele sind hin und hergerissen zwischen stiller Trauer und Wut.

Foto: Chris Jordan | wikimedia

Die verendeten Albatrosse von den Midway Islands sind mittlerweile zu einem Symbol unserer verschwenderischen Gesellschaften geworden.

Chris Jordan hat sein Publikum genau da, wo er es haben will: „Wir handeln nur so viel, wie wir fühlen, und wenn wir dieses tiefe Gefühl haben, dann wissen wir auch, was zu tun ist“, erklärt der Künstler. Er glaubt, dass Kunst auch beim Thema Klima durch Empathie noch viel mehr erreichen kann. „Trauer ist dabei ein Türöffner und kann auch helfen, abstrakte Prozesse wie den Klimawandel spürbar zu machen.“ Das Kohlendioxid in der Atmosphäre sei schließlich unvorstellbar – aber die Kunst könne das Unvorstellbare fühlbar machen.

„Der Film ist Dokumentation und Lyrik zugleich“, erklärt Margret Boysen, Leiterin des Künstlerprogramms beim Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Das Forschungsinstitut hatte Jordan in den vergangenen Monaten einen künstlerischen Aufenthalt gesponsert. Auf dem Klimaforschungs-Campus zeigte er seinen Film und diskutierte mit Wissenschaftlern und Besuchern. „Chris Jordan zeigt nicht nur das auf fatale Weise durch uns Menschen gefährdete Leben der Albatrosse, sondern er hat seine Emotionen wie Respekt, Liebe und Trauer in dem Film mitverarbeitet“, sagt Boysen. Genau diese Emotionen würden gebraucht, um Energie für Veränderung aufzubringen.

NACHHALTIGKEIT ALS ETHISCHES PRINZIP

Die Impulse von Albert Schweitzer und Hans Jonas.

Text: ULRICH GROBER

Foto: Surajith S. Adoor | Pexels

Leben ist mehr als das nackte Überleben. Es geht immer auch um die Freiheit des Menschen – und um seine Würde. Im Verlauf einer langen Entwicklung wurde die Menschenwürde in unterschiedlichen Kulturen und spirituellen Systemen für „heilig" erklärt. Oder anders ausgedrückt für „unantastbar". So formuliert es unser Grundgesetz in seinem Artikel 1. Damit legt es fest: In der Hierarchie unserer Werte steht die Menschenwürde ganz oben. Sie ist das Fundament der Menschenrechte. Nach der historischen Erfahrung des Zivilisationsbruchs durch Weltkriege und Völkermord nahm die neu gegründete Weltgemeinschaft, die UNO, mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 ihre Arbeit auf. Der Schutz menschlicher Würde, Freiheit und Rechte wurde universal. Er rückte in den Kern einer weltumspannenden Ethik.

DIE GROSSE BESCHLEUNIGUNG

Doch die Fähigkeiten und Kräfte, die es Homo sapiens ermöglicht hatten, den Naturgewalten die Stirn zu bieten und die Gaben der Natur in stetig wachsendem Maße zu nutzen, entfalteten eine eigene Dynamik. Die fortschreitende Aneignung der Erde und ihrer Schätze durch den Menschen mittels Energie, Wissenschaft und Technik führte zwar zu einem immer höheren Grad an materiellem Wohlstand, an Sicherheit und Komfort. Doch sie stürzte den Planeten in eine ernste Krise. Die Reichweite menschlichen Handelns vergrößerte sich sprunghaft. Sowohl räumlich: Sie wurde global. Als auch zeitlich: Sie erstreckte sich in eine ferne Zukunft hinein.

Diese Entwicklung bekam ab den 1950er Jahren noch einmal einen ungeheuren Schub. Historiker sprechen von der „großen Beschleunigung". Die billige Energie aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Erdöl und Erdgas ließ die Wachstumskurven steil nach oben gehen: Bevölkerungswachstum, Bruttosozialprodukt, Wasserverbrauch, Kunstdüngereinsatz, Verkehrsaufkommen, CO_2-Emissionen, die Raten von Fischfang und Holzeinschlag. Eine neue Lebensweise nahm Gestalt an. Zuerst in den USA, dann in den anderen westlichen Staaten, schließlich in den Schwellenländern des Südens: die Konsumgesellschaft. Statt auf die sparsame und schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen war sie auf den möglichst hohen Verbrauch ausgerichtet. Die Ausbreitung dieser historisch noch nie dagewesenen Muster von Produktion und Konsum auf alle Regionen der Erde hält bis heute an. Sie gefährdet die Zukunft der Menschheit.

RESPEKT VOR ALLEM, WAS LEBT

Schon in den Anfängen gab es ernste Warnungen vor dem Weg in eine globalisierte Konsumgesellschaft. So arbeitete Albert Schweitzer, der große Humanist, Arzt und Theologe, schon seit Langem am Entwurf einer Ethik, die den Herausforderungen der heraufziehenden Industrie-Konsum-Zivilisation gerecht werden sollte. Seine Grundidee: Den Respekt vor der Würde jedes Menschen auszuweiten auf die Achtung vor der Würde jeder lebendigen Kreatur und vor dem, was das Leben trägt. „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will." Der einfache Satz bringt ein naturverbundenes Lebensgefühl zum Ausdruck: die Lust am prallen Leben in allen seinen Erscheinungsformen. Aber darüber hinaus enthält er den Kern einer neuen Ethik. Schweitzer selbst fasste sie schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die Formel: „Ehrfurcht vor dem Leben".

Der Faden dieses Denkens riss nicht mehr ab. 1979 erschien „Das Prinzip Verantwortung – Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation". Der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas führte darin das Nachdenken über die Klärung unserer Werte weiter. Seine Diagnose: In seiner gesamten bisherigen Geschichte sei der Mensch machtlos gewesen, das „festgesetzte Gleichgewicht" in der Natur und die „zeugenden Kräfte" zu stören oder die „Natur dieser Bereiche" zu verändern. Nun aber habe die technologische Entwicklung die „Unversehrtheit" der Welt selbst akut gefährdet. Also müssten der Macht von Wissenschaft und Wirtschaft Zügel angelegt werden.

Die „Integrität der natürlichen Ordnung im Ganzen" und die ganze „Fülle der Lebenswelt" auf Dauer zu sichern müsse ins Zentrum der „Lehre vom rechten Verhalten", also der Ethik, rücken. Diese müsse die „globale Bedingung menschlichen Lebens und die ferne Zukunft, ja die Existenz der Gattung berücksichtigen". Wo die „Anwesenheit des Menschen in der Welt" nicht mehr ein fraglos Gegebenes sei, müsse sie zum „Gegenstand der Verpflichtung" gemacht werden. „Dass es eine Welt für die kommenden Geschlechter der Menschen gebe", also „in alle Zukunft … eine solche Welt geben soll", die für Menschen bewohnbar ist – das ist das „allgemeine Axiom", die nicht weiter zu hinterfragende Grundannahme.

VERANTWORTUNG, DER NEUE IMPERATIV

Der neue Imperativ, den Jonas daraus ableitet, lautet: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden." Die „Permanenz", die Dauerhaftigkeit „echten menschlichen Lebens", also eines Lebens in Würde, „auf Erden", in einer intakten Biosphäre – Hans Jonas formuliert hier Nachhaltigkeit als ein ethisches Prinzip, und zwar als das wichtigste, das wir in der gegenwärtigen kritischen Epoche der Menschheitsgeschichte haben. Seine Botschaft ist heute aktueller denn je.

Aus: Ulrich Grober, „Vom Wert der Nachhaltigkeit. Traditionen und Visionen einer Leitidee", Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 2017

NACHRICHTEN

Klima ohne Schutz
Das Jahr 2018 ist in Deutschland bisher das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und hatte den trockensten Sommer. Von Januar bis Oktober lag die Temperatur um mehr als zwei Grad über dem langjährigen Mittel. Auch Frankreich, Großbritannien und andere Länder Europas verzeichnen mehr Temperaturextreme. Gleichzeitig werden nach Analysen von Klimaexperten alle EU-Länder ihre für das Pariser Klimaabkommen versprochenen Ziele verfehlen. Dabei sind schon diese Ziele in der EU und den meisten ihrer Mitgliedsstaaten zu schwach, um das in Paris beschlossene 1,5-Grad-Limit einzuhalten. Deutschland gilt inzwischen als klimapolitischer Bremser in Europa.

Foto: Oxfam | *Wikimedia* Commons

Amazonaswald akut bedroht
Brasilien wird künftig von einer Regierung unter dem Rechtsextremisten Jair Bolsonaro regiert, der Umwelt- und Klimaschutz für überflüssig hält und die Abholzung des Amazonas-Regenwalds beschleunigen will. Das hätte Auswirkungen auf das gesamte globale Klimasystem. Zum Außenminister hat Bolsonaro Ernesto Araújo berufen, der den Klimawandel als linke Verschwörung und Klimaschutz als Wachstumshemmnis ansieht. Die Abholzung im größten Regenwald der Erde am Amazonas ist schon nach den ersten politischen Ankündigungen Bolsonaros sprunghaft angestiegen. Europa müsse Bolsonaro jetzt „mit einer klugen Strategie und neuen Allianzen begegnen", fordern Umweltorganisationen.

Foto: wattway

Solar-Radweg taut sich selbst ab
Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat bei Köln den ersten mit Sonnenenergie betriebenen Radweg Deutschlands eingeweiht. Der Strom aus den robusten Photovoltaik-Modulen soll nicht nur den Radweg beleuchten, sondern auch Verkehrsströme messen, im Winter das Eis abtauen und zusätzlich kommunale Liegenschaften versorgen. Der 90 Meter lange Radweg der Firma Solmove wird im Rahmen eines Bundeswettbewerbs als Modellprojekt gefördert. Ein bereits vor vier Jahren in den Niederlanden eröffneter Solarradweg erzeugt mehr Energie als ursprünglich erwartet und die Oberfläche erfordert nicht mehr Wartung als andere Straßen.

Bundesregierung auf Klimapolitik verklagt
Mehrere Bauernfamilien haben im Oktober die Bundesregierung wegen unterlassenem Klimaschutz verklagt. Nach Ansicht der Kläger sind das seit 2007 geltende Klimaziel für 2020, das eine CO_2-Reduktion um 40 Prozent gegenüber 1990 vorschreibt, und das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020" verbindliche Rechtsakte der Bundesregierung. Das Ziel habe die Regierung aber faktisch aufgegeben. Die Klage ist einer von immer mehr Versuchen, Regierungen auf der ganzen Welt gerichtlich zum Klimaschutz zu zwingen. Im gleichen Monat verlor die Regierung der Niederlande in zweiter Instanz ein solches Verfahren gegen die Umweltstiftung Urgenda – und muss nun ihre Klimaziele deutlich anheben.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Lutz Ribbe, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation

Redaktion:
Chefredaktion: *Dr. Susanne Götze, Joachim Wille (V.i.S.d.P.)*
Redakteure: *Verena Kern, Susanne Schwarz, Jörg Staude*

Träger:
Deutscher Naturschutzring (DNR)

Gefördert von: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Layout:
Katja Hommel

Infografik:
Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring
Infografiker.com

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg VR34116B

Träger und Herausgeber haften nicht für unverlangt eingesandtes Material.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des DNR.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Zeitschrift FUTURZWEI bei.

Auflage: Mantel: 13.000 Exemplare, Plakatbeilage: 13.000
Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen: **info@dnr.de**
Deutscher Naturschutzring, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

facebook.com/movumdebatte @movumdebatte

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info

30. November bis 2. Dezember 2018
Seminar „Soziale Bewegungen versus Lobbyismus: Wie beeinflussen sie Politik?"
Tagungshaus Forum, Verden/Aller
www.degrowth.de/kalender

3. bis 14. Dezember 2018
UN-Klimakonferenz COP 24
Katowice (Polen)
www.cop24.katowice.eu/de

19. Januar 2019
Studientag „Anders wachsen! Welches Wirtschaftswachstum willst du?"
Haus der Kirche, Erlangen
www.gwoe-bayern.org

8. Februar bis 6. Oktober 2019
Fortbildung „Ökonomische Alternativen – Theorien, Konzepte und Transformationsperspektiven"
bundesweit/Tagungshäuser
www.attacademie.de